

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 266

14. August 2002

8. Jahrgang

Der Plan Puebla Panamá und das ALCA

Dieser thematische iFijáte! ist dem Schwerpunkt Globalisierung und Freihandelsabkommen gewidmet. Der erste Artikel, der in der "movida" 2/02, dem Rundbrief des Informationsbüros Nicaragua e.V und der Informationsstelle El Salvador e.V. erschienen ist, gibt einen allgemeinen Überblick über das Freihandelsabkommen ALCA und den Plan Puebla Panamá (PPP). Der zweite Artikel "Geopolitische Interessen" von Jorge Fuentes, Professor an der Universität San Carlos, Guatemala, benennt die unterschiedlichen Interessen, die mit dem Plan Puebla Panamá in der Region durchgesetzt werden sollen. Haupt-"Hindernis" für die Realisierung des PPP ist laut Fuentes unter anderem die organisierte indigene Bevölkerung. Im dritten Artikel beschreibt das *Zentrum für partizipative Erziehung und Forschung* (CIEP), wie die Regierung Portillo mit ihrem kürzlich verabschiedeten *Plan zur wirtschaftlichen Reaktivierung 2002-2004* die Grundlage für die Umsetzung des Plan Puebla Panamá in Guatemala liefert. Unter dem Titel "Die doppelte Moral des Handels" spricht Carolina Esobar Sarti Klartext. Ihr Artikel ist im Feuilleton(!)-Teil der *Prensa Libre* vom 1. August 2002 erschienen.

Wir haben die einzelnen Artikel nur geringfügig gekürzt, gewisse Wiederholungen waren nicht zu vermeiden und sollen der Verständlichkeit dienen.

Unter dem Schlagwort ALCA arbeiten die Regierungen und Wirtschaftslobbyisten Amerikas zur Zeit an der Schaffung einer interamerikanischen Freihandelszone, die praktisch eine Ausdehnung des Freihandelsabkommen NAFTA (zwischen Mexiko, den Vereinigten Staaten und Kanada) über den gesamten amerikanischen Kontinent ab 2005 vorsieht.

Die ersten Schritte in diese Richtung sind bereits getan: Die mittelamerikanischen Regierungen stehen in Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über ein mittelamerikanisches Freihandelsabkommen (CAFTA - Central American Free Trade Agreement). Diese Verhandlungen sollen bis Ende 2002 abgeschlossen sein. Die Regierungen Zentralamerikas haben sich darauf verständigt, dass sie versuchen werden, ein "asymmetrisches" Abkommen auszuhandeln: Das bedeutet, dass das Tempo, in dem die Handelsschranken abgebaut werden, abhängig sein soll vom wirtschaftlichen Entwicklungsgrad der einzelnen Länder. Es bleibt abzuwarten, ob sich die USA darauf einlassen werden.

Parallel dazu wird in der mittelamerikanischen Region eine umfassende Wirtschaftsintegration geplant, um das Land mit seinen natürlichen Ressourcen und der im Überfluss vorhandenen "billigen Arbeitskraft" verstärkt dem Zugriff multinationaler Konsortien feilbieten zu können: Im Juni 2001 unterzeichneten die RegierungsvertreterInnen von Mexiko, Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama den Plan Puebla Panamá (PPP). Dieser wird derzeit auf ca. 9 Mrd. US\$ veranschlagt, mit denen vor allem die Förderung der Infrastruktur zugunsten der Erschließung von Erdgas- und Erdölfeldern (südl. Mexiko und Guatemala) finanziert werden sollen. Desweiteren Wasserkraft-Grossprojekte, die Ansiedlung eines produktiven Industriesektors (Maquilaindustrie in freien Produktionszonen), die Förderung des Tourismus und die Zugänglichkeit der natürlichen Ressourcen der Region insbesondere für die Pharma-, Holz-, Biotechnologie- und Genkonzerne und Landwirtschaftsunternehmen.¹ Dazu kommt das Projekt eines "trockenen" Kanals durch den Isthmus von Tehuantepec, der eine Handelsverbindung zwi-

schen dem mexikanischen Golf und dem Pazifik schaffen soll. Das entsprechende Dokument spricht explizit von einem Ausfuhrkanal nach Europa für Unternehmen im Pazifik und nach Osten für jene im Golf von Mexiko. Alternativ wird auch die Idee eines *Canal Seco* durch Nicaragua gehandelt, um den zwei Konsortien (in einem der Konsortien sitzen übrigens ein Sohn und ein Neffe des nicaraguanischen Präsidenten Bolaños) konkurrieren.² Diese Variante taucht aber zumindest im offiziellen Dokument des PPP nicht auf.

Die Interamerikanische Entwicklungsbank hat die Koordination für die Umsetzung des Projektes übernommen: Weitere internationale Organisationen wie die Wirtschaftskommission für Lateinamerika CEPAL (Comisión Económica para América Latina), das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Weltbank und der internationale Währungsfond (wobei die beiden letztgenannten die wichtigsten Geldgeber sind) sind ebenfalls an der Umsetzung des Plans interessiert.

Die einzelnen Projekte des PPP beziehen sich im wesentlichen auf folgende Themen: Nachhaltige Entwicklung; Verkehrsinfrastruktur; Energie; Katastrophenschutz; Tourismus; Abbau von Handelsbarrieren; Telekommunikation; Information und Partizipation. Daneben wird der PPP als ein Projekt für "menschliche Entwicklung" angepriesen, wobei die Grundlage dieser Entwicklung Aus- und Weiterbildung und die Schaffung von Arbeitsplätzen sein sollen: "Der Wohlstand in der Region basiert auf dem Niveau der Produktion, des Einkommens und der in der Zone entstehenden Arbeitsplätze", beteuert das Dokument der mexikanischen Regierung. Als wichtigste Arbeitsmarktsektoren werden die Landwirtschaft (gemeint ist vor allem die extensive monokulturelle Landwirtschaft), Leichtindustriebetriebe und die Tourismusbranche genannt. Das offizielle Dokument spricht von der Schaffung "gutbezahlter Arbeitsplätze", und genau hier wird die Zweifelhaftigkeit des Plans überdeutlich:

Denn aus Sicht der nationalen Regierungen Zentralamerikas ist der PPP vor allem ein Projekt der Süd-Südkonkurrenz, bei dem der Wettbewerb mit den asiatischen Tigern im globalen Standortkampf im Vordergrund steht. Dies weist zugleich auf eine übergreifende Problematik hin, mit der die Staaten und die Bevölkerung der lateinamerikanischen Länder konfrontiert sind: Sie haben im Rahmen einer globalisierten Weltwirtschaft und damit einer globalisierten Standort-Konkurrenz im Grunde nur die Wahl zwischen zwei Optionen; nämlich als "überflüssig" aus dem Weltmarkt herauszufallen oder aber ihre Lohnniveaus, arbeitsrechtliche und Umweltauflagen in Konkurrenz zu anderen Billiglohnländern weiter herunterzuschrauben und gleichzeitig Zusatzreize für die Unternehmen zu schaffen, damit die Region für Investitionen interessant wird. Als Alternativen bleiben damit die Weltmarktintegration unter oft sklavenähnlichen Lohnarbeitsbedingungen für die lohnabhängige Bevölkerung oder die Abkoppelung vom Weltmarkt, der die zur Verfügung stehenden Arbeitskraftreserven nicht mehr integrieren kann oder muss.

Für die transnational agierenden Investoren ist die Region nicht in erster Linie aufgrund der billigen Arbeitskraft verlockend, denn diese steht weltweit und massenhaft zur Verfügung. Nur für einen geringen Teil der Bevölkerung werden der PPP und die Freihandelsprojekte interessant sein: zum einen diejenigen, die in Arbeitsplätze in der Ressourcenausbeutung und im Tourismussektor integriert werden können; und zum anderen die Oberschicht, die selbst Produktions- oder Investitionskapital bzw. grössere Ländereien besitzt.

Der zentralamerikanische Korridor ist aufgrund seines Reichtums an natürlichen Ressourcen (Erdöl und Erdgas; Biodiversität, Wasser bzw. Wasserenergie, fruchtbare Böden, Bodenschätze und Edelhölzer) für Investitionen sehr lukrativ. Dabei sind vor allem juristische Sicherheit und wirtschaftliche Garantien sowie eine funktionierende Kommunikationsinfrastruktur erforderlich. Der letzte Aspekt wird im offiziellen Dokument der mexikanischen Regierung zum PPP als strukturelle Schwäche der Region genannt, die durch den PPP beseitigt werden soll.³

Militarisierung der Ökonomie in Mittelamerika

Florencio Salazar Adame, der mexikanische Regierungskoordinator für den Plan Puebla Panamá, bezeichnete den Plan als einen Plan der nationalen Sicher-

heit, mit dem der Drogenhandel und die Migration bekämpft werden sollen. Drogenschmuggel und Einwanderung sind zwei der wichtigsten Punkte auf der U.S.-Agenda für die Region. Seit dem 11. September hat das Thema Terrorismus ebenfalls an Bedeutung gewonnen. Die mittelamerikanischen Staaten haben ihre geheimdienstliche Zusammenarbeit ausgebaut, um einer Ausweitung des Operationsgebietes der kolumbianischen sog. "Narcoguerrilla" in die zentralamerikanische Region entgegenzutreten.⁴

Wenngleich sie im offiziellen Diskurs wenig thematisiert wird, gewinnt die Militarisierung der Region im Zusammenhang mit der Ermöglichung und Absicherung von Investitionen zunehmend an Bedeutung. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, ist der PPP - wie ursprünglich der Plan Colombia - ein verkapptes Aufstandsbekämpfungsprogramm und ein regionales Standbein für die Umsetzung der ALCA.

Einhergehend mit der Militarisierung findet in einigen Regionen auch eine zunehmende Paramilitarisierung statt. Die Vertreibungen und die systematische Vernachlässigung des Agrarsektors werden auf lange Sicht die Migration in die Städte weiter vorantreiben, mit zwei Haupteffekten:

Erstens wird die "störende" Bevölkerung aus den für die ungestörte Nutzung wirtschaftlich interessanter Territorien vertrieben, und zweitens wird die industrielle Reservearmee in den expandierenden freien Produktionszentren weiter anwachsen.

Die Zivilgesellschaft spielt nicht mit

Sowohl die offiziellen Dokumente des PPP als auch des ALCA betonen stets die Bereitschaft und die Notwendigkeit, die NGO's als Vertreterinnen der Zivilgesellschaft in die anstehenden Planungen und Entscheidungen mit einzu beziehen. Die Wirklichkeit sieht allerdings so aus, dass bislang der PPP wie auch das ALCA de facto unter Ausschluss aller gesellschaftlichen und politischen Gremien, die eine ablehnende Haltung gegenüber den geplanten Massnahmen einnehmen, entwickelt wurden. Laut Magdalena Lanuza vom Centro Humboldt in Managua gab es auf lokaler Ebene niemals eine Befragung zum PPP; die Beschlüsse wurden ausschliesslich auf präsidialer Ebene gefasst.⁵ Aber selbst auf Regierungsebene und in wirtschaftswissenschaftlichen Kreisen wurden einige Vorbehalte formuliert, die vor allem auf die ungünstige Konkurrenzsituation der einheimischen Wirtschaft gegenüber den weitaus stärkeren Nachbarländern abzielen.

Für Orlando Nuñez, Ökonom und

Soziologe aus Nicaragua, ist der Plan Puebla Panamá ein Auftrag des nordamerikanischen Präsidenten Georg W. Bush an seinen mexikanischen Amtskollegen Vicente Fox, mit dem Ziel die Integration des Freihandels in Amerika voranzubringen.

"Die Freihandelsabkommen als Basis des PPP bedeuten die Demontage der nationalen Grenzen und die Bevorzugung der transnationalen Unternehmen, die unter besseren Ausgangsbedingungen konkurrieren können, was die Vertreibung der nationalen Unternehmenssektoren zur Folge hat (...). Ich glaube, das wäre der Gnadestoss für die industriellen und landwirtschaftlichen Produzenten der Region, weil es niemanden gibt, der damit konkurrieren könnte. Vor allem, wenn man diesen Unternehmen alle Erleichterungen zukommen lässt, die den nationalen Unternehmen weggenommen werden: das ist, wie den Tiger auf den angebandenen Esel loszulassen."⁶

Zur Zeit deutet also einiges darauf hin, dass aus der vielbeschworenen Partizipation der Zivilgesellschaft im Globalisierungsprozess nicht viel werden wird. Im Gegenteil: Praktisch alle Basisorganisationen und -sektoren formieren sich zu einem Block gegen die neoliberalen Projekte und lehnen diese insgesamt ab. Ein Bündnis in Mittelamerika, die *Alianza Social Continental*, erarbeitet bereits Gegenvorschläge, die dem neoliberalen Geist des PPP völlig widersprechen; gleichzeitig wird amerikaweit gegen das ALCA mobilisiert.⁷

Und der regionale Widerstand gegen den PPP wächst: Im Mai 2001 fand in der Stadt Tapachula, Chiapas, das Erste Forum für Information, Analyse und Perspektiven mit dem Titel "El Pueblo es Primero frente a la Globalización" (Die Menschen kommen vor der Globalisierung) statt. Daran nahmen 250 RepräsentantInnen von über 100 Organisationen teil. Beim Zweiten Forum von Xelajú (Guatemala) im November 2001 waren es schon 800 Menschen (300 Organisationen), die sich nicht darauf beschränkten, die negativen Auswirkungen des Neoliberalen Kapitalismus lediglich zu diskutieren, sondern die auch versuchten, eigene Perspektiven und Strategien zu entwickeln. Dafür wurden in mehreren Arbeitsforen folgende Themen diskutiert: Megaprojekte – Indigene Völker – Natürliche Ressourcen / Alternativer Handel / Indigene Völker und Internationale Zusammenarbeit / ökonomische, soziale und kulturelle Rechte / Arbeitsrecht und Maquilas / bäuerliche Landwirtschaft und Globalisierung / lokale Macht, Regionalpolitik und Soziale Entwicklung.

Auf demselben Forum wurde beschlossen, die Informations- und Aufklärungsarbeit auf lokaler Ebene in der gesamten Region des Plan Puebla Panamá, sowie den Austausch zu den südamerikanischen Bewegungen zu verstärken und strategische Allianzen mit US-amerikanischen Gruppen zu suchen. Ausserdem soll unter dem Titel: "Zentralamerikanisches Abkommen für die Demokratie und die Entwicklung der Bevölkerung" ein Alternativvorschlag der Basisorganisationen zum PPP erarbeitet werden. Auf längere Sicht sollen ein Marsch und eine zentralamerikaweite Consulta (Befragung nach dem Vorbild der zapatistischen Consultas in Mexico) durchgeführt werden.

Anmerkungen:

1 wiewohl das offizielle Dokument (www.ppp.presidencia.gob.mx) der mexikanischen Regierung die ALCA kein einziges Mal erwähnt, sind beide Projekte durchaus in Beziehung zueinander zu betrachten: Beim PPP geht es um die Integration von Struktur Anpassungsmassnahmen in einer stark marginalisierten Region, die perspektivisch Teil der Freihandelszone der Amerikas werden wird und ihre Ressourcen ausschöpfen muss, um in dieser Liga konkurrieren zu können.

2 ein guter Artikel zum Canal Seco fin-

det sich in: *ila* 253, März 2002 (S.13ff.)

3 www.ppp.presidencia.gob.mx

4 *El Nuevo Diario*, Managua, 23. Februar 2002; Übers. d. Verf.

5 *La Prensa*, 25. Juni 2001

6 ebd.

7 einen Überblick über die laufenden und geplanten Mobilisierungen gegen das

ALCA (u.a. eine kontinentale Consulta) sowie eine tiefere Analyse liefert die *Alianza Social Continental*, www.aschsa.org

8 CIEPAC: Chiapas al Día, No. 269

(**Informationsbüro Nicaragua e.V. und Informationsstelle El Salvador e.V.**)

Als Konsens von Xelajú wurde Folgendes beschlossen:

1. Totale Ablehnung des PPP.
2. Die Anstrengungen zu verstärken, um die Erfahrungen und Alternativen der Gemeinde- und Regionalentwicklung auf der Basis von Gleichheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit gegenüber den autoritären und antidemokratischen Projekten der Globalisierung und des PPP zu systematisieren.
3. Eine Informationskampagne zu starten, die die Bevölkerung und die LokalpolitikerInnen der Region über den PPP und seine Auswirkungen aufklärt. Gleichermassen lehnen wir das ALCA ab, da es der unabhängigen Entwicklung unserer Bevölkerung zuwiderläuft.
4. Die Vernetzung zwischen der Bevölkerung und den Organisationen gegen die Globalisierung und den PPP zu fördern.
5. Einen koordinierten Mobilisierungsplan auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene in Übereinstimmung mit unseren jeweiligen Bedürfnissen zu entwickeln.
6. Die Organisationen und die Bevölkerung aufzurufen, das Dritte Internationale Forum vorzubereiten und daran teilzunehmen.
7. Wir verteilen jede Form der Militarisierung in der zentralamerikanischen Region; zugleich drücken wir unsere kategorische Ablehnung des Plan Colombia und unseren Wunsch aus, dass der Friedensprozess in unserem Schwesterland vorangehe.
8. Wir unterstützen die Soziale Kontinentale Allianz und das Weltsozialforum und betrachten uns als Teil derselben.
9. Wir drücken unsere Solidarität mit dem Kampf aller Menschen auf der Welt gegen die erzwungene Globalisierung aus.⁸

Geopolitische Interessen: PPP, drei Gründe, eine Absicht

Bei der Ausarbeitung des Plan Puebla Panamá spielt die US-amerikanische Sicherheitspolitik eine Hauptrolle. Erstens, weil sich durch die Region verschiedene Drogenhandelsrouten ziehen, und zweitens wegen des Drucks, den die zunehmende Migration aus den zentralamerikanischen Ländern auf Zielland Vereinigte Staaten ausübt. Dazu kommen die Absichten des transnationalen Kapitals, sich die reichhaltigen Naturressourcen anzueignen, die in der vom PPP umfassten Region vorhanden sind.

Auch für Mexiko ist der PPP Teil der nationalen Sicherheitspolitik - aus ganz ähnlichen Gründen wie für die USA. Das präsidentiale *Büro Plan Puebla Panamá* liess verlauten, dass die Einführung des PPP eine soziale Verpflichtung für Präsident Vicente Fox sei, und weiter: "Ein Blick auf unser Land zeigt, dass es zwei Mexikos gibt. Eines, das sich nach den USA ausrichtet und eines, das im Rückschritt verhaftet ist, genau wie unsere Nachbarn im Süden. Diese regionale Ungleichheit gefährdet die nationale Sicherheit." Zweifellos wird ein von Marktwirtschaft und Kapital

bestimmter Modernisierungsprozess, d.h., die Vereinnahmung einer immensen Region, wie es der PPP zum Ziel hat, im Notfall auch unter Zwang durchgeführt. In diesem Kontext muss auch die Militarisierung im guatemalteckischen Departament Petén gesehen werden. Das Projekt *Plan Nuevo Horizonte* umfasst gemeinsame Militärübungen der US-amerikanischen und guatemalteckischen Armeen in einer Region, die über den Fluss Lacantún mit dem lacandonischen Urwald verbunden ist, wo die EZLN (Zapatistische nationale Befreiungsarmee) ihre logistische und operative Basis hat.

Ein von der Weltbank finanziertes Projekt mit dem Namen *Corredor Biológico Mesoamericano* beinhaltet die Quantifizierung und Qualifizierung der vorhandenen Flora und Fauna mit dem Ziel der wirtschaftlichen Ausbeutung.

Die drei eingangs erwähnten Punkte (Kontrolle der Migration, des Drogenhandels und der Biodiversität) folgen einem einzigen Ziel: Der Durchsetzung der neoliberalen Globa-

lisierung in einer grossen Region, in der dies wegen der unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Länder nicht überall mit dem gleichen Erfolg möglich war. Um dies zu erreichen, muss auch der letzte Widerstand innerhalb der Bevölkerung gegenüber der kapitalistischen Modernisierung gebrochen werden. Dabei geht es speziell um die indigene Bevölkerung, die im Fall von Chiapas den bewaffneten Kampf als letztes Mittel gewählt hat, um sich Gehör zu verschaffen. In diesem Sinne ist der Plan Puebla Panamá auch als Aufstandbekämpfungsstrategie zu verstehen.

Am 11. September 2000 präsentierte der mexikanische Präsident Vicente Fox in Guatemala den Vorschlag für ein Entwicklungsprogramm, das den Süden Mexikos und die zentralamerikanischen Länder umfasst. In diesem ersten Entwurf des PPP hob Fox die folgenden Punkte hervor: Die Schaffung eines regionalen Marktes für Basisprodukte, die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Kommunikation, die Vereinheitlichung der Grenzkontrolle und die Förderung des

Ökotourismus. Allein für den süd-mexikanischen Raum hätte das den Bau von 2485 km Strasse, die Bewässerung von 694'000 Hektar Land, den Ausbau der regionalen Häfen und Flughäfen sowie des Eisenbahnnetzes und eine Ausweitung des Gesundheits- und Schulsystems bedeutet. Fox bezeichnete den PPP als das ambitionöseste Projekt seiner Regierung, wobei die Herausforderung darin bestünde, einen Konsens zu finden, um die Integration und die Entwicklung der zentralamerikanischen Länder und der neun südostmexikanischen Bundesstaaten zu erreichen.

Der anfängliche Mangel an Information und Präzisierung über den PPP hatte zur Folge, dass jeder und jede sich, gemäss ihrer Vorstellungskraft und entsprechend seiner oder ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen, einen eigenen PPP ausmalte. Ende 2000 machte das Gerücht die Runde, Teil des PPP sei der Ausbau eines Bahnnetzes von Alaska nach Panama, ebenso eine Ölpipeline und eine Elektrizitätsleitung, in die einseisse, wer etwas habe und abzapfe, wer etwas brauche.

Der PPP umfasst eine Region, in der 65 Mio. Personen wohnen, davon leben 28 Mio. im Süden Mexikos und 37 Mio. in Zentralamerika. Die freiwillig oder unfreiwillig integrierte Bevölkerung der neun betroffenen mexikanischen Bundesstaaten erreicht mit 21'900 Pesos (ca. 2190 US\$) ein durchschnittliches Jahreseinkommen, das unter dem landesweiten Durchschnitt (36'400 Pesos) liegt, wobei dieses in den Staaten Chiapas und Oaxaca bei ca. 15'000 Pesos liegt.

Im Februar 2001 präsentierte der Generalkoordinator des PPP, Florencio Salazar in El Salvador den dortigen

UnternehmerInnen einen Plan, aus dem hervorging, dass der Privatsektor den Hauptmotor des Plan Puebla Panamá darstelle. Dabei stellte er jedoch klar, dass der regionale Privatsektor (als untergeordneter Partner) eine Allianz mit dem internationalen Kapital eingehen müsse. Die Aufgabe des öffentlichen Sektors hingegen sei es, mittels Steuergeldern die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Klar ist, dass sich sowohl die lokale Privatwirtschaft wie der lokale öffentliche Sektor dem internationalen Kapital unterstellen müssen. Die Bevölkerung (Indígenas und Nicht-Indígenas) wird von sämtlichen Aktivitäten des PPP ausgeschlossen, und erst recht von dessen Planung und Umsetzung. Sie soll einzig und allein billige Arbeitskraft sein. Zudem wird jegliche Organisation dieses Bevölkerungssektors zur Verteidigung seiner Rechte zu einem Hindernis für die Region auf dem Weg zur Aufnahme in den Weltmarkt.

Das Gebiet des Plan Puebla Panamá (Südosten Mexikos bis Panama) umfasst eine Zone aussergewöhnlicher Artenvielfalt. Diese Region, die 0,5% der Erdoberfläche umfasst, beheimatet 7% der weltweit bekannten Arten der Flora und Fauna. Vor allem das Grenzgebiet Guatemala-Mexiko ist sehr reich an Naturressourcen wie Wälder, Quellen, Öl, etc.. Aus dem mexikanischen Süden stammen 90% der nationalen Ölproduktion und der grösste Teil der aus Wasserkraft gewonnenen Energie. Bezüglich dieses Reichtums schlägt der PPP vor "alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die eine optimale Nutzung verhindern und alles daran zu setzen, die Produkte dem nationa-

len und internationalen Markt zugänglich zu machen, nicht nur dem Nordamerikanischen, sondern auch dem Zentralamerikanischen." Unter dem Stichwort "Umweltschutz" wird die Reduktion der Armut, eine Verbesserung der Lebensqualität, die Stärkung regionaler Kooperation und der Schutz und die Pflege der regionalen Kulturgüter versprochen. Dazu ist in der Gegend nicht vorhandenes Geld notwendig, was wiederum die Beteiligung transnationalen Kapitals unabdingbar macht.

Die BefürworterInnen des PPP sind sich einig, dass eines der grössten Probleme für den Fortschritt der Region die indigene Bevölkerung mit ihren Forderungen ist. In diesem Sinne muss man die "Friedensbemühungen" in Chiapas und den Versuch verstehen, die EZLN in eine politische Partei zu verwandeln, um somit einen "akzeptablen" Verhandlungspartner zu haben.

Epilog

Für MexikanerInnen und für ZentralamerikanerInnen ist es absolut legitim, sich zu fragen, welche Konsequenzen solche Freihandelsabkommen mit sich bringen - in einer Region, deren Naturreichtum von Uran, Erdöl, Holz und Wasser bis zu den archaischen Schätzen in Yucatán, Quintana Roo, Honduras und Guatemala reicht. Die Strategie des PPP, mittels ausländischer Investition Wachstum in die Region zu bringen, birgt in sich die Gefahr von neuer Abhängigkeit und Ungerechtigkeit. Der PPP wirft deutlich mehr Fragen auf, als dass die bescheidenen Dokumente und die VerfechterInnen des Planes beantworten könnten.

(Jorge Fuentes)

Der Plan zur wirtschaftlichen Reaktivierung - von wem für wen?

Es erscheint uns sehr wichtig, den am 11. Juni von Präsident Alfonso Portillo, Wirtschaftsminister Arturo Montenegro und Zentralbankpräsident Lizardo Sosa vorgestellten *Plan zur wirtschaftlichen Reaktivierung 2002-2004* genauer zu analysieren, um dahinter zu kommen, wer welche Interessen damit verfolgt. Zu Beginn einige grundlegende Gedanken:

In der Zeit der neoliberalen Globalisierung will man uns glauben machen, dass wir den Aktivitäten unkontrollierbarer wirtschaftlicher Kräfte ausgesetzt sind und unsere nationale Politik sich dem Imperativ dieser neuen globalen Wirtschaft unterstellen muss.

Wenn wir aber objektiv hinschauen, sind es die transnationalen Unternehmen (General Electric, Coca Cola, Exxon, Philip Morris, Shell, Siemens, Toyota, IBM, Bic, Colgate-Palmolive, Bayer, Nestlé, Sony, um eine Auswahl zu nennen), die Produktion, Handel und Finanzwirtschaft kontrollieren und den Übergang vom national kontrollierten zum international kontrollierten Kapital einläuten.

Dies bedeutet für ein Land wie Guatemala, dass das kapitalistische Modell, das bislang auf einem nationalen Monopol und dem Export von landwirtschaftlichen Produkten basierte, in einen strukturellen Widerspruch mit der

wirtschaftlichen Hegemonie der transnationalen Unternehmen tritt. Im Rahmen dieser "Anpassung" kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen und einer Konkurrenz zwischen den verschiedenen Sektoren im Rennen darum, wer sich als "Intermediario" eine Art Vermittlerrolle bei der Umsetzung der neoliberalen Programme ergattern kann.

Auch die traditionelle politische Macht verliert an Einfluss gegenüber den transnationalen Wirtschaftsmächten. Die Konsequenz daraus ist, dass auch die Behandlung nationaler Fragen wirtschaftlicher, sozialer oder politischer Art immer stärker von aussen bestimmt wird. Dies ist eine unverantwortbare

Entwicklung, die das Ende der nationalen Souveränität und der Selbstbestimmung der Völker bedeutet.

Um seine Interessen durchzusetzen, bedient sich das transnationale Kapital unter anderem Institutionen wie dem Internationalen Währungsfond (IWF) oder der Weltbank. In Guatemala hat sich das konkret bei der vom IWF "empfohlenen" Erhöhung der Mehrwertsteuer gezeigt, bei der von der US-amerikanischen Botschaft "angeregten" Ernennung eines Antiterrorismuskommissars oder bei der Finanzgesetzrevision. Diese Revision bedeutet nicht nur die Öffnung des Landes für transnationales Kapital sondern war eine Bedingung des IWF für die Auszahlung der im Rahmen des "Stand-by"-Abkommens ausgehandelten Kredite.

Der von der Regierung vorgelegte Plan zur wirtschaftlichen Reaktivierung 2002-2004 basiert ebenfalls auf dem "Stand-by"-Abkommen und wurde von IWF begrüsst und verabschiedet, noch bevor er der guatemaltekischen Bevölkerung vorgelegt wurde. Im Aktionsplan heisst es auch, „dass die Exekutive es als gegeben betrachtet, dass in den nächsten zwei Jahren Freihandelsabkommen mit mindestens vier Ländern unterzeichnet werden können: Mit den USA, Kanada, Panama und Chile. Diese Abkommen deuten klar in Richtung einer Unterzeichnung und Realisierung des Freihandelsabkommens ALCA und somit der Ausbreitung der US-amerikanischen Hegemonie in Lateinamerika. Dazu gehört auch die Unterzeichnung multilateraler Abkommen im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO.

Die FRG-Regierung hat sich in ihrer Wirtschaftspolitik mit der kompromisslosen Umsetzung neoliberaler Empfehlungen der internationalen Finanzorganisationen hervorgetan. In diesem Zusammenhang ist auch der Plan zur wirtschaftlichen Reaktivierung 2002- 2004 zu verstehen.

Überschneidungen mit dem Plan Puebla Panamá

Der Plan Puebla Panamá wurde vom mexikanischen Präsidenten Vicente Fox als die Lösung vorgestellt, um der Armut und der Unterentwicklung in der Region zu begegnen, indem der Markt geöffnet, der Wettbewerb angeregt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Der PPP umfasst die mexikanischen Staaten Campeche, Chiapas, Guerrero, Oaxaca, Quintana Roo, Tabasco, Veracruz und Yucatán, sowie die zentralamerikanischen Länder Guatemala, Belice, Honduras, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica und Panama.

Der Plan Puebla Panamá umfasst acht Teilprojekte: Nachhaltige Entwicklung, sozialer Fortschritt, Katastrophenvävention, Tourismus, Handel, Verkehr, Telekommunikation, und elektrische Energieversorgung. Die fünf letztgenannten werden in der Umsetzung prioritär behandelt und zweifellos auf einer neoliberalen Grundlage basieren, die die Öffnung für transnationales Kapital beinhaltet. Allein für den Bereich Verkehrsinfrastruktur, Energie und Telekommunikation werden 85% des Budgets für den ganzen PPP gerechnet.

Was die Verkehrsinfrastruktur betrifft, beinhaltet der PPP den Bau bzw. die Erweiterung des Strassennetzes, Flughäfen und Häfen, um den Handel und den Tourismus anzutreiben. Zu diesem Thema schlägt der Plan zur wirtschaftlichen Reaktivierung der guatemaltekischen Regierung die Erneuerung, den Ausbau und die Konzessionierung der internationalen Flughäfen Aurora in Guatemala-Stadt und Santa Elena, Petén, sowie den Ausbau des Flughafens Masagua zu einem internationalen Flughafen vor. Weiter sollen die beiden Häfen Quetzal und Santo Tomás de Castillo ausgebaut und konzessioniert werden. Die wichtigsten Strassenverbindungen sollen ausgebaut bzw. verbessert werden und endlich eine Umfahrungsstrasse für die Hauptstadt gebaut werden. Mit Ausnahme von zwei Strassenbauprojekten, die von der guatemaltekischen Regierung und der interamerikanischen Entwicklungsbank finanziert werden, sollen alle anderen Projekte durch privates, d.h. in erster Linie ausländisches Kapital finanziert werden.

Das System zur Vereinheitlichung der elektrischen Energie heisst laut Plan Puebla Panamá SIEPAC (Sistema de Interconexión Eléctrica para los Paises de América Central). Mit diesem Netz soll die ganze Region verbunden und neu zu bauende Wasserkraftwerke angeschlossen werden. Der Reaktivierungsplan der guatemaltekischen Regierung sieht die Konzessionierung und Erweiterung verschiedener thermoelektrischer und geothermischer Anlagen vor, die Privatisierung kleinerer und grösserer Wasserkraftwerke sowie den Bau von neuen.

Ein kritischer Punkt bei diesem Vorschlag der Regierung ist die Privatisierung staatlicher Unternehmen (Häfen, Flughäfen, Strassen etc.) durch den Verkauf oder die Konzessionsvergabe an Private. Damit verliert der Staat wichtige Einnahmequellen an die private, transnationale Initiative.

Der Plan der Regierung sieht aber auch eine ganze Liste von Gesetzesrevisionen und neuen Gesetzen bis Ende

2003 vor, welche die legale Basis für die Umsetzung neoliberaler Politik und den Bau von Megaprojekten schaffen sollen.

Auch im Landwirtschaftsbereich sind die im Plan zur wirtschaftlichen Reaktivierung vorgeschlagenen Projekte hervorragend kompatibel mit denjenigen des PPP.

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass

1. dieser Reaktivierungsplan einen eindeutigen neoliberalen Anstrich hat und in Richtung Umsetzung des PPP und des ALCA deutet.

2. die makroökonomische Entwicklung für die Bevölkerung nicht automatisch und wunderbarerweise auch einen sozialen Fortschritt bedeutet.

3. eine Kritik des Plans zur wirtschaftlichen Reaktivierung nicht mit dem Mangel an Transparenz und einer falschen Prioritätensetzung simplifiziert werden darf, sondern auf einer sozioökonomischen Analyse des neoliberalen Modells basieren muss.

4. die Reaktivierung der Wirtschaft nicht allein aus einem makroökonomischen Blickwinkel betrachtet werden darf, sondern auch soziale Gerechtigkeit, den Respekt kultureller und biologischer Vielfalt und den nachhaltigen Schutz der Umwelt berücksichtigen muss.

(Zentrum für partizipative Erziehung und Forschung, CIEP)

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!**

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Die doppelte Moral des Handels

Wenn wir einem Profi-Ringkämpfer der Schwergewichtsklasse einen Federgewichtler gegenüberstellen, der in seiner frühen Entwicklung an Unterernährung gelitten hat: wer wird Ihrer Meinung nach in diesem Kampf gewinnen?

Wir können mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, dass der zweite nach zehn Minuten aus dem Ring ist, ohne Chance, in diesen zurückzukehren.

Wenn wir zwei und zwei zusammenzählen, wissen wir, dass sowohl in einer Verhandlung, in einem Wettbewerb als auch in einer Konfrontation die Dinge gerechter verteilt sind, wenn die beteiligten Seiten die selben Regeln beachten und über ähnliche Qualifikationen und Möglichkeiten verfügen. Wenn dies nicht der Fall ist, wird das übliche passieren: der grosse Fisch frisst den kleinen bevor dieser es merkt.

Deswegen kommt in mir ein gewisser Groll darüber auf, dass Guatemala sich ein Hemd anziehen will, das ihm noch viel zu gross ist, in dem es sich in Verhandlungen über bi- oder andere multilaterale Abkommen wie den Freihandelsvertrag (TLC) oder den Plan Puebla Panamá (PPP) begibt.

Neben der Tatsache, dass sich solche Vereinbarungen immer als wesentlich vorteilhafter für unsere Nachbarn im Norden erweisen, haben wir noch nicht einmal das kleinste Forum geschaffen, um zu verhandeln; wir wollen freien Handel ohne über Nahrungsmittel, Dach über dem Kopf, Kleidung, qualifizierte Arbeitskräfte oder Bildung zu verfügen.

Man müsste zuerst einen Blick nach Taiwan und Korea werfen, wo man zuerst die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbesserte und diese leistungstüchtig machte, bevor man sich in den Wettbewerb des internationalen Handels begab. (Wobei ich an dieser Stelle nicht über Lebensqualität reden will, dass hebe ich mir für einen anderen Artikel auf.)

Man redet über freien Markt und freie Kommerzialisierung von Produkten, als ob für alle Länder dieselben Regeln gelten würden. Doch ausser in den vornehmen Plaudereien zwischen PolitikerInnen und UnternehmerInnen wissen wir doch alle, dass die armen Länder dazu verurteilt sind, von vornherein aus einer Position des Nachteils zu verhandeln, was den Auflagen jener Länder entspricht, die die Richtlinien bestimmen.

Die Wege zur Vermarktung wer-

den geöffnet, aber nicht zu allen Seiten in der gleichen Art und Weise. Es wird von Liberalisierung geredet, aber der Markt ist für einige Länder mehr geschlossen als für andere.

Die Regeln müssen geändert werden, denn dieser doppelte Standard des Marktes ist pervers und hat zur Folge, dass, während einige mehr zu geringem Preis produzieren und ohne grössere Hindernisse vermarkten, andere alles, was sie haben, investieren, um Produkte zu erzeugen, die sie vielleicht gar nicht so vermarkten können, wie sie es geplant hatten.

Wenn ein armes Land in ein reiches Land exportiert, sieht es sich Zollschränken gegenüber, die viermal schärfer sind, als jene für die reichen Länder in demselben.

Vor etwas mehr als einem Monat habe ich den Bericht von OXFAM gelesen, der Teil ihrer Kampagne "Gerechter Handel" ist. In diesem habe ich einen Satz gefunden, der für mich hinsichtlich des Themas im vorliegenden Artikel sehr viel Sinn macht. "Wenn Afrika, der Osten und der Süden Asiens und Lateinamerika jeweils um ein Prozent hinsichtlich ihrer Beteiligung an den weltweiten Exporten wachsen würden, könnte das daraus resultierende Mehr 128 Millionen Menschen aus der Armut befreien."

Wir wissen, dass in der jetzigen Zeit der Handel die zentrale Tätigkeit der Menschheit ist, aber wir haben auch feststellen können, dass dies eine Tätigkeit mit wenig klaren Regeln ist.

Die Handelsbilanz der Welt hat

sich ständig in Richtung der reichen Länder verschoben und eine verstärkte Verarmung in den armen Ländern ausgelöst. Die Ausrottung der Armut müsste aufhören, ein Diskurs zu sein, um sich in eine wahre Absicht zu verwandeln.

Die internationalen Finanzorganisationen sind Teil dieser ganzen Montage; es ist bekannt, dass die reichen Länder ihre Märkte schliessen, wie und wann sie wollen, aber den armen Ländern Bedingungen auferlegen, damit diese die ihren öffnen, wann die reichen es fordern.

Die Tatsache, dass in den reichen Ländern keine Arbeitskräfte eingestellt werden, weil dies superteuer ist, soll auf der anderen Seite nicht heissen, dass man sich in den armen Ländern jämmerliche Arbeitsbedingungen aufzuerlegen hat und darüber hinaus auch noch dankbar sein muss für die Drecksarbeit, die aus dem Norden zu uns kommt.

Eine weitere Facette desselben Falls ist die der Normen über die Patentrechte, welche den Ländern des Südens die Möglichkeit entziehen, an neue Technologien, Medikamente und Pflanzensamen zu kommen und diese auszutauschen.

Es müsste viel mehr zugunsten eines gerechten Handels getan werden, der es unterlassen würde, die Welt in zwei so perverse Extreme zu teilen; es müsste uns allen wichtig sein, gut zu leben ohne dass andere schlecht leben.

(Carolina Escobar Sarti)

III *Foro Mesoamericano* gegen den Plan Puebla Panamá

Guatemala, 18. Juli. Über 1000 VertreterInnen von über 350 Volks- und sozialen Organisationen haben vom 16. bis 18. Juli in Managua über die Auswirkungen der Globalisierung, speziell der von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds geförderten Freihandelsabkommen, diskutiert. In der Schlusserklärung des III. Mesoamerikanischen Forums sprechen sich die TeilnehmerInnen klar gegen das kapitalistische System aus, das "jegliche Form von politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Organisation dominiert". Weiter heisst es in der Erklärung: "Wir wehren uns gegen die zunehmende Militarisierung Zentralamerikas und fordern den unverzüglichen Abzug US-amerikani-

scher Soldaten aus der Region."

In Arbeitsgruppen bekräftigten die TeilnehmerInnen ihre Ablehnung des Freihandelsabkommen ALCA und des Plans Puebla Panamá. Solche Abkommen widersprechen einem nachhaltigen Entwicklungsmodell, verschärfen die Armut und führen in eine noch grössere Verschuldung.

Das Treffen diente nebst dem Öffentlichmachen eines gemeinsamen Protestes auch dazu, sich über die spezifische Situation in den einzelnen Ländern auszutauschen und gemeinsame Widerstandsformen zu entwickeln. So wurde der 12. Oktober 2002 zu einem regionalen Aktionstag erklärt, an dem gegen den PPP und das ALCA demonstriert werden soll.